

Rechtsanwälte

Zulassungsverfahren für Errichtung und Betrieb von Wasserstoffinfrastruktur

Rechtliche Grundlagen

Spreewindtage, Forum 4, Wasserstoff WindAdvice, 10.11.2023

Dr. Maximilian Schmidt

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB, München

Kapellmann im Überblick

Kapellmann Rechtsanwälte

Gegründet 1974 durch Prof. Dr. Klaus Kapellmann

 Wurzeln im Bau- und Immobilienrecht, heute in allen wirtschaftsrechtlichen Rechtsgebieten t\u00e4tig

- Ca. 170 Anwälte an 7 Standorten
- Netzwerkkanzleien im Ausland





Unsere Beratung für Erneuerbare Energien



Planung- und Genehmigung

Grundstücksrecht

Energierecht

(Anlagen-) Bau

Betriebsführung & Wartung

Steuern

Vergaberecht

Finanzierung

IT-Recht

Due Diligence & Transaktionen



Kompetenzteam Erneuerbare Energien - Onshore





Katharina Bader-Plabst, LL.M. (Auckland)



Andreas Rietzler



Dr. Maximilian Schmidt

Öffentliches Recht

Planungs- und Genehmigungsrecht, Umweltrecht, Verwaltungs- und Klageverfahren



Dr. Bernd Wust, LL.M. (Columbia)



Dr. Lena-Sophie Deißler



Katrin Prechtl



Jannina Richter

Projektentwicklung und -strukturierung

Grundstücksicherung, Projektverträge, Kooperationen, Transaktionen, Bürgerbeteiligung



Dr. Julia Wiemer, LL.M. (Norwich)



Bianca Strobel, M.Sc.



Luana Maria Lindow

Energierecht

EEG, EnWG, PPA, Eigenversorgung, Direktlieferung, Wasserstoff, P2X

Agenda



- L Zulassungsverfahren/-bedürfnisse für Anlagen...
 - 1. ...zur Erzeugung von Wasserstoff
 - 2. ...zur Speicherung von Wasserstoff
 - 3. ...zum Transport von Wasserstoff (leitungsgebunden)
- II. Bauplanungsrechtliche Privilegierung nach § 249a BauGB
- III. Ausblick

Erzeugungsanlagen (Elektrolyseure)

Zulassungsverfahren/-bedürfnisse



Planfeststellungsverfahren

- Fakultativ, nicht verpflichtend; "Energiekopplungsanlagen" (§ 43 Abs. 2 Nr. 7 EnWG)
- Umfangreiches und vergleichsweise aufwändiges Verfahren
- Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (§ 4 BImSchG)
 - Nach <u>herrschender Praxismeinung</u> zählen Elektrolyseure zu den genehmigungspflichtigen Anlagen im Sinne der Nr. 4.1.12 Anhang 1 der 4. BImSchV ("Anlagen zur Herstellung von Stoffen … durch chemische, biochemische oder biologische Umwandlung in industriellem Umfang (…) zur Herstellung von Gasen wie u. a. (…) Wasserstoff"); → förmliches Verfahren (<u>mit</u> Öffentlichkeitsbeteiligung)
 - a. A.: Nr. 1.1.15 Anhang 1 der 4. BlmSchV "Biogas"
 → vereinfachtes Verfahren (ohne Öffentlichkeitsbeteiligung)

- 4. BImSchV kennt "Wasserstoff"
- Bei Elektrolyseur: unmittelbare Herstellung

Bei H2:

elektrolytische

Umwandlung

- Ggf. **Umweltverträglichkeitsprüfung** (allgemeine Vorprüfung für Herstellung von Wasserstoff in industriellem Umfang, § 7 Abs. 1, Nr. 4.2 Anlage 1 UVPG)
- Ggf. störfallrechtliches Anzeige- oder Genehmigungsverfahren (§§ 23a, b BlmSchG)

Speicher

Zulassungsverfahren/-bedürfnisse



- Unterirdische Speicher/Untergrundspeicher: Bergrechtliche Zulassung
 - Zulassung durch Hauptbetriebsplan (§ 126 Abs. 1 i. V. m. 52 Abs. 1 BBergG)
 - Bei Überschreiten bestimmter Schwellenwerte (Fassungsvermögen; § 1 Abs. 1 Nr. 6a UVP-V-Bergbau) zusätzlich
 - Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
 - sowie Aufstellung eines Rahmenbetriebsplanes und einer Planfeststellung für dessen Zulassung (§ 126 Abs. 1 i. V. m. 52 Abs. 2a BBergG)
 - Umnutzung von Erdgasspeichern:
 - Änderung des Betriebsplans (§ 126 Abs. 1 i. V. m. § 52 Abs. 4 S. 2 BBergG)
 - Bei Überschreiten bestimmter Schwellenwerte ebenfalls UVP und Planfeststellung (§ 126 Abs. 1 i. V. m. § 52 Abs. 2a)

Umstritten, da sich Schwellenwerte auf "Erdgas" beziehen

Speicher

Zulassungsbedürfnisse/Genehmigungen



Oberirdische Speicher

- Lagerkapazität ab 3 t: Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren (§ 4 BlmSchG i. V. m. Nr. 9.3 Anhang 1 der 4. BlmSchV)
 - 3 t bis 30 t: vereinfachtes Genehmigungsverfahren (§ 19 BlmSchG)
 - ab 30 t: förmliches Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 10 BlmSchG)

Umweltverträglichkeitsprüfung

- 3 t bis 30t: standortbezogene Vorprüfung (§ 7, Nr. 9.3.3 Anhang 1 UVPG)
- ab 30 t: allgemeine Vorprüfung (§ 7, Nr. 9.3.2 Anhang 1 UVPG)
- ab 200.000 t: UVP-Pflicht (§ 7, Nr. 9.3.1 Anhang 1 UVPG)
- Lagerkapazität unter 3 t: Baurechtliches Genehmigungsverfahren
- Ggf. störfallrechtliches Anzeige- oder Genehmigungsverfahren (§§ 23a, b BlmSchG)
- Umnutzung von Erdgasspeichern
 - Immissionsschutzrechtliche Änderungsgenehmigung (§ 16 BlmSchG); im Einzelfall Anzeige nach § 15 BlmSchG ausreichend (bei unwesentlichen Änderungen)
 - Ggf. baurechtliche Änderungsgenehmigung

Transport (leitungsgebunden) Zulassungsverfahren für Leitungen



Neubau von Wasserstoffleitungen

- Planfeststellungsverfahren
 - für Errichtung und Betrieb von Wasserstoffnetzen mit einem Durchmesser von mehr als 300 mm (§ 43l Abs. 2 EnWG)
 - auf Antrag auch für kleinere Anlagen (§ 43l Abs. 3 EnWG)
- Umweltverträglichkeitsprüfung, wenn
 - Leitung Bereich eines Werksgeländes überschreitet,
 - länger als 40 km und
 - Durchmesser von mehr als 800 mm
 (§ 43l Abs. 2 S. 2 EnWG i. V. m. § 6 , Nr. 19.2.1 Anlage 1 UVPG)

bei geringeren Werten (Länge u. Durchmesser) allgemeine oder standortbezogene **UVP-Vorprüfung** (siehe Nr. 19.2.2, 19.2.3, 19.2.4 Anlage 1 UVPG)

Transport (leitungsgebunden) Zulassungsverfahren für Leitungen



Umwidmung von Erdgasleitungen

- Zulassungen für Erdgasleitung durch Planfeststellung (§ 43 Abs. 1 Nr. 5 EnWG)
 gelten auch als Zulassung für Transport von Wasserstoff (§ 43 Abs. 4 S. 1 EnWG)
- Sicherheitstechnisches Anzeigeverfahren (§ 113c Abs. 3 S. 2 EnWG):
 Einhaltung der Anforderungen des § 49 Abs. 1 EnWG
- Bei baulichen, technischen Änderungen zusätzlich: energierechtliches Anzeigeverfahren (§ 43f EnWG)
 - Prüfung, ob Änderung wesentlich (dann doch Planfeststellung, ggf. mit
 UVP) oder unwesentlich (dann Anzeige ausreichend)
 - Maßgeblich: Berührung öffentlicher Belange durch das Vorhaben

Überblick je nach Einzelfallgestaltung möglicher Zulassungsbedürfnisse



	Erzeugungs- anlage	Speicher unterirdisch	Speicher oberirdisch	Transportleitung
BBergG Betriebspläne				
Planfeststellung				
BlmSchG-Genehmigung				
UVP				
Baugenehmigung				
Sonstiges	Anzeigeverfahren (§ 23 a, b BlmSchG)		Anzeigeverfahren (§ 23 a, b BlmSchG)	

= Zulassung Neuerrichtung

Überblick je nach Einzelfallgestaltung möglicher Zulassungsbedürfnisse



	Erzeugungs- anlage	Speicher unterirdisch	Speicher oberirdisch	Transportleitung
BBergG Betriebspläne				
Planfeststellung				
BlmSchG-Genehmigung		*		
UVP				
Baugenehmigung				
Sonstiges	Anzeigeverfahren (§ 23 a, b BlmSchG)		Anzeigeverfahren (§ 23 a, b BlmSchG)	Anzeigever- fahren (§§ 113c Abs. 3 S. 2 oder 43f EnWG)

= Zulassung Neuerrichtung



= Nutzung bestehender Gas-Infrastruktur

Bauplanungsrechtliche Privilegierung nach § 249a BauGB



- Spezielle Privilegierungsregelung für
 - Vorhaben, die der Herstellung oder Speicherung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien dienen, und
 - zu Wind- oder PV-Vorhaben hinzutreten
- Option 1: Räumlich funktionaler Zusammenhang zu
 - einem nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 privilegierten Vorhaben (Windenergie)
 - einem nach § 35 Abs. 1 Nr. 8 b), 9 BauGB privilegierten Vorhaben (Freiflächen-PV in der Nähe von Autobahnen und bestimmten Schienenwegen, Agri-PV)
 - → H2-Anlage fällt ebenfalls unter betreffenden Privilegierungstatbestand ("mitgezogene Privilegierung")
- Option 2: Lage im unmittelbar an eine vorhandene, mittels BPlan geplante PV-Anlage anschließenden Außenbereich (BPlan vor dem 01.01.2023 öffentlich ausgelegt)
 - → Neuer Privilegierungstatbestand

Bauplanungsrechtliche Privilegierung nach § 249a BauGB



- Anforderungen an Vorhaben (§ 249a Abs. 4 BauGB)
 - Wasserstoff ausschließlich aus Strom der zugehörigen EE-Anlage
 - Zum Vorhaben gehörende bauliche Anlagen
 - max. 100 qm Grundfläche
 - max. 3,5 m Höhe
 - Zugehörige EE-Anlage darf nicht bereits mit Anlage zur Herstellung oder Speicherung von Wasserstoff verbunden sein
 - Bei Speicher: max. Kapazität von 5.000 kg
- Bei "BPlan-PV" zusätzlich (§ 249a BauGB)
 - Kein Entgegenstehen öffentlicher Belange, kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung
 - Sicherung ausreichender Erschließung
 - Rückbauverpflichtung

Ausblick

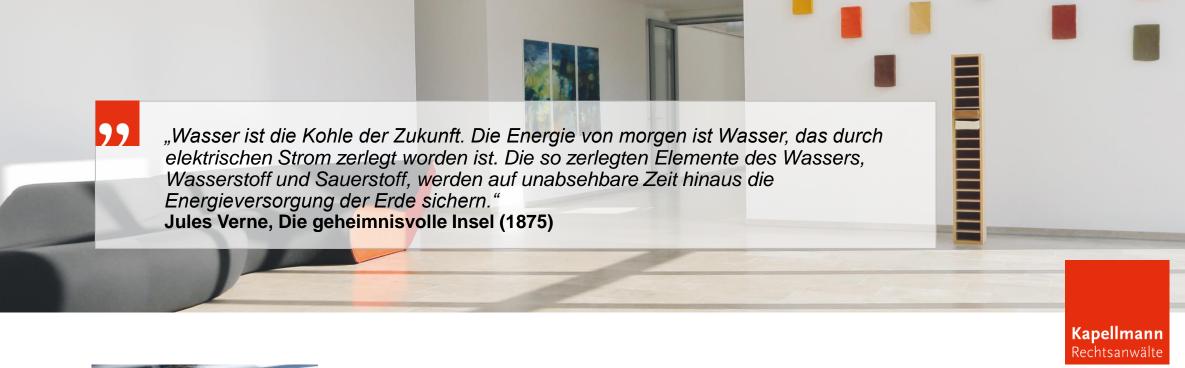


Geplantes Beschleunigungsgesetz

(25.10.2023: Sonderbericht der Bundesregierung – Bessere Rechtsetzung und Bürokratieabbau in der 20. Legislaturperiode, Zusammenfassung, S. 16 f.)



"Wir erarbeiten derzeit ein Paket zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren von Wasserstoffinfrastruktur. Zentraler Baustein soll ein Wasserstoffbeschleunigungsgesetz (WassBG) sein. Ziel ist es, den Auf- und Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur (Importterminals, Leitungen) sowie die **Erzeugung** von Wasserstoff zu **vereinfachen und zu beschleunigen**. Das WassBG soll grundlegende Erleichterungen für die Wasserstoffinfrastruktur und Erzeugung enthalten und in weiteren Artikeln Erleichterungen in den betreffenden Fachgesetzen regeln. Unterstützt werden soll das das WassBG durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Optimierung und Vereinfachung der immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahren für Elektrolyseure. Anvisiert wird ein Kabinetttermin im Herbst 2023 "





Dr. Maximilian Schmidt

Rechtsanwalt

Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB Josephspitalstraße 15, 80331 München

T.: +49 (89) 242 168-43 Fax. +49 (89) 242 168-61 Mobil: +49 173 7041045

E-Mail: maximilian.schmidt@kapellmann.de